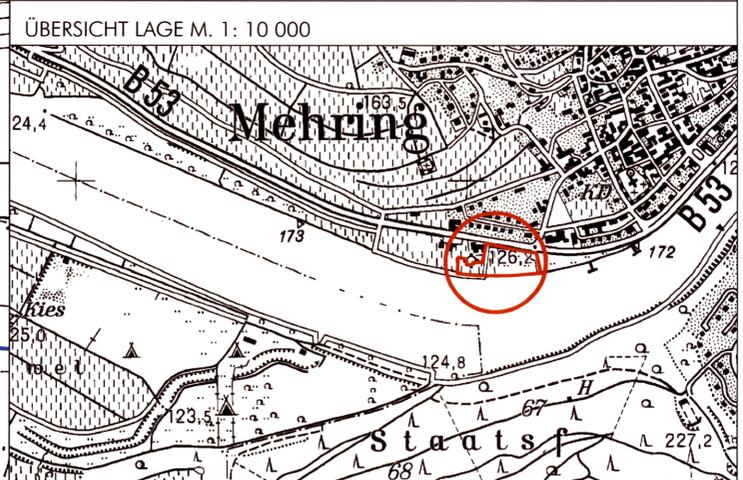
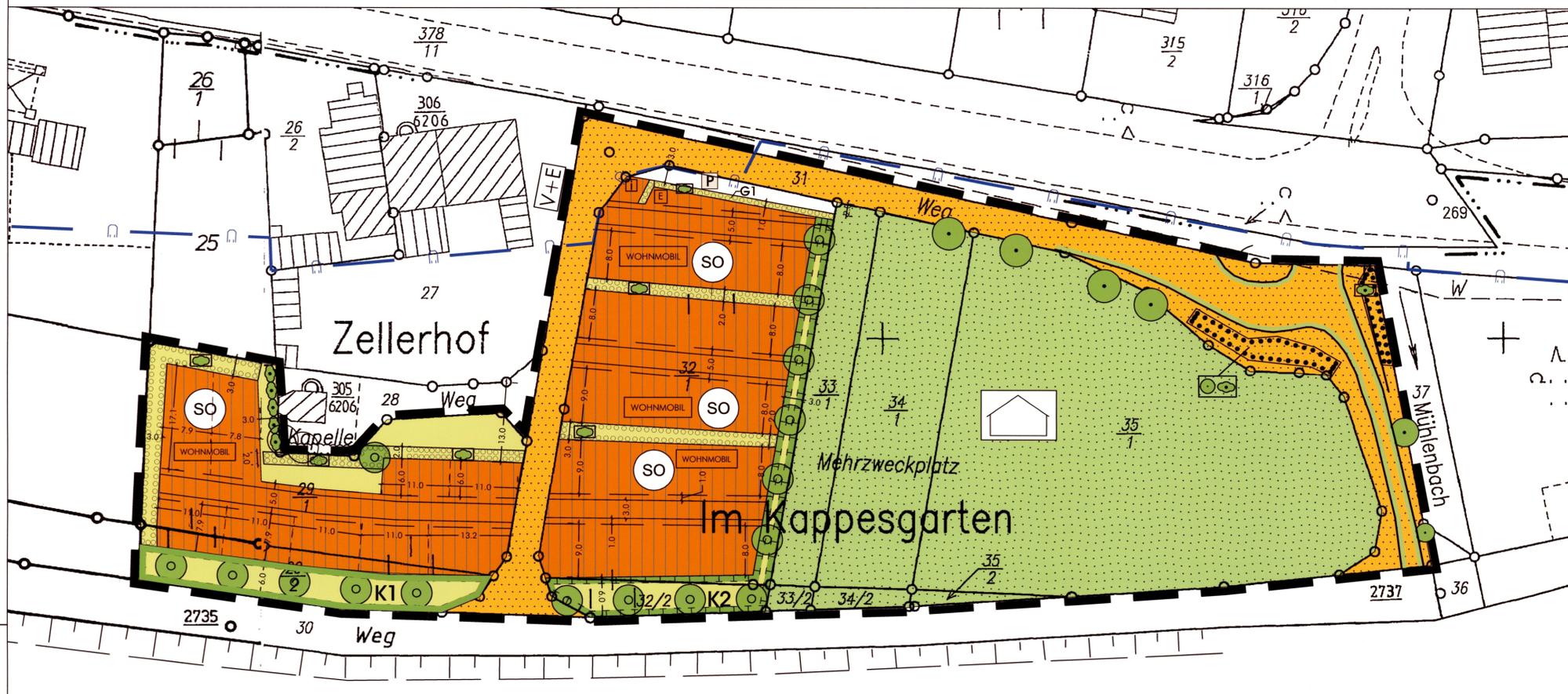


BEBAUUNGSPLAN DER ORTSGEMEINDE MEHRING

TEILGEBIET "ZELLERHOF"



Maßstab 1: 500
 GEM. MEHRING, FLUR 40 MONTAGE DER FLURKARTE, STAND 16.05.2000
 HINWEIS:
 Die Plangrundlage weist nur eine optische Übereinstimmung mit dem Kataster auf.
 Eine Ableitung von Koordinaten mit digitaler Genauigkeit ist hieraus nicht möglich!

Rechtsgrundlagen zum Bebauungsplan

- Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I, S. 2141), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2002 (BGBl. I, S. 2850)
- Baunutzungsverordnung (BaunVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I, S. 132) zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I, S. 464)
- Planzonenverordnung (PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I, S. 53)
- Landesverordnung für Rheinland-Pfalz (LandVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 24. November 1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 06.02.2001 (GVBl. S. 29)
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 12.02.1990 (BGBl. I, S. 205), zuletzt geändert durch Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz vom 27.07.2001 (BGBl. I, S. 29)
- Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 14. Mai 1990 (BGBl. I, S. 880) zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.07.2001 (BGBl. I, S. 1950)
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 21.09.1998 (BGBl. I, S. 2994) zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.04.2002 (BGBl. I, S. 1193)
- Landespflegegesetz (LPfG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 5. Februar 1979 (GVBl. S. 36), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 06.02.2001 (GVBl. S. 29)
- Landeswassergesetz (LWG) in der Fassung vom 14. Dezember 1990 (GVBl. S. 11), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 06.02.2001 (GVBl. S. 29)
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) in der Fassung i. d. F. der Bekanntmachung vom 12. November 1996 (BGBl. I, S. 1695), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.09.2001 (BGBl. I, S. 2331)
- Gemeindeverordnung für Rheinland-Pfalz (GemVO) i. d. F. vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 06.02.2001 (GVBl. S. 29)

Es wird bescheinigt, daß die Flurstücke mit ihren Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.

den, _____
 Katasteramt

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplanes vorgesehene Umlegung/Grenzregelung werden keine Bedenken gegen die Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB erhoben

den, _____
 Katasteramt

Der Stadt-/Gemeinderat hat am 09.12.2002 gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Am 12.06.2003 wurde dieser Bebauungsplanentwurf gebilligt und seine Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB beschlossen, nachdem gem. § 4 BauGB die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange und die Behörden und Stellen, die von der Planung berührt werden bei der Planaufstellung beteiligt worden sind, sowie gem. § (1) BauGB den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wurde.

MEHRING den. 18.06.2003
 Stadt-/Gemeindeverwaltung

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzung hat mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 15.09.2003 bis 14.10.2003 zu jedermanns Einsicht öffentlich aus-gelegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am 05.09.2003 mit dem Hinweis ortsüblich bekanntge-macht, daß Bedenken und Anregungen während der Aus-legungsfrist vorgebracht werden können.

MEHRING den. 16.10.2003
 Stadt-/Gemeindeverwaltung

Der Stadt-/Gemeinderat MEHRING hat am 17.02.2004 den Bebauungsplan gem. § 24 der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz vom 31.01.1994 in der zur Zeit gültigen Fassung und gem. § 10 BauGB einschließlich der blau eingetragenen Änderungen als Satzung

MEHRING den. 13.02.2004
 Stadt-/Gemeindeverwaltung

Dieser Bebauungsplan einschließlich der Textfestsetzung ist gem. § 10 (2) BauGB durch Verfügung von der höheren Verwaltungsbehörde / Kreisverwaltung

Az.: _____

GENEHMIGT

den, _____
 Im Auftrage:

Dieser Bebauungsplan einschließlich der Textfestsetzung ist gem. § 11 (3) BauGB am _____ bei der höheren Verwaltungsbehörde / Kreisverwaltung angezeigt worden.

Verletzungen von Rechtsvorschriften werden nicht geltend gemacht.

den, _____
 Im Auftrage:

Verletzungen von Rechtsvorschriften wurden bis zum _____ nicht geltend gemacht.

den, _____
 Im Auftrage:

AUSFERTIGUNG

Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Bebauungsplans mit dem Willen des Gemeinde-/ Stadtrates sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplans werden bekun-det.

MEHRING den. 02.03.2004
 Ortsbürgermeister / Bürgermeister

Die Genehmigungsvorgang der höheren Verwaltungsbehörde / der Kreisverwaltung vom _____ bis _____ Durchführung des Anzeigeverfahrens vom _____ ist am _____ gem. § 10 (3) BauGB ortsüblich bekanntgemacht worden mit dem Hinweis, daß der Bebauungsplan während der Dienststunden vor jedermann eingesehen werden kann.

Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan

RECHTSVERBINDLICH
 MEHRING den. 06.03.2004
 Stadt-/ Gemeindeverwaltung

Die ortsübliche Bekanntmachung wird nach Maßgabe des § 10 (3) BauGB angeordnet.

MEHRING den. 02.03.2004
 Ortsbürgermeister

- ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN** gem. PlanV 90
- Art der baulichen Nutzung (§9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB §§1 bis 11 BauNVO)
 - Sondergebiete, die der Erholung dienen (§ 10 BauNVO) Zweckbestimmung: Wohnmobil
 - Verkehrsflächen (§9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
 - Straßenverkehrsflächen (§9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
 - Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (§9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
 - Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
 - Festplatz (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
 - Private Grünfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
 - Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen oder Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)
 - Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB)
 - Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a) und Abs. 6 BauGB)
 - Bäume anpflanzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a) und Abs. 6 BauGB)
 - Sträucher anpflanzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a) und Abs. 6 BauGB)
 - Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe b) und Abs. 6 BauGB)
 - Bäume erhalten (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe b) und Abs. 6 BauGB)
 - Sträucher erhalten (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe b) und Abs. 6 BauGB)
 - Sonstige Planzeichen
 - Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)
 - Aufstellfläche für Entsorgungseinrichtungen z.B. Container
 - Zufahrt / Brandgasse
 - Informationstafel
 - Parkplatz
- NACHRICHTLICHE DARSTELLUNG**
- gesetzliche Überschwemmungsgebietsgrenze
 - Bestandshecken / Bäume
 - Ver- und Entsorgungsstation

DER BEBAUUNGSPLAN BESTEHT AUS PLANZEICHNUNG UND TEXTFESTSETZUNGEN.

VERFASSER: 11.02.2004

BÜRO FÜR LANDESPFLEGE
 EGBERT SONNTAG, DIPL.-ING
 LANDSCHAFTSARCHITEKT BDIA
 MOSELSTRASSE 14
 54340 RIOL
 TELEFON 06502 / 99031
 TELEFAX 06502 / 99032

